

533.

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 4. Mai 1973

Blatt 847

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Erholungsgebiet "Roter Berg" wird vergrößert
SPD-Stadtratsfraktion in Wien
Wiener Gemeinderat
- Lokal: Die Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche
- Kulturdienst: Dr. Robert Jungk - 60. Geburtstag
Univ.-Prof. Dr. Karl Höfler - 80. Geburtstag
Univ.-Prof. Dr. Alphons Lhotsky zum Gedenken

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
Neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l :

=====

erholungsgebiet 'roter berg' wird vergroessert

4 wien, 4.5. (rk) eine erfreuliche initiative setzte dieser tage die wiener stadtverwaltung durch den kauf eines rund 20.000 quadratmeter grossen grundstueckes an der veitingergasse in hietzing: dieses areal soll in das erholungsgebiet 'roter berg' einbezogen werden und die erholungsmoeglichkeiten fuer die hietzinger bevoelkerung vergroessern. der zustaeendige gemeinderatsausschuss fuer liegenschaftsangelegenheiten stimmte dem kauf des grundstueckes zu. kaufpreis: rund eine million schilling.

0856

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

neuer belag fuer die guertelbruecke

7 wien, 4.5. (rk) der fahrbahnbelag und die isolierung der guertelbruecke samt auf- und abfahrtsrampen muessen erneuert werden. mit den sehr umfangreichen arbeiten wird voraussichtlich in der zweitenhaelfte der kommenden woche begonnen. sie werden insgesamt bis ende august andauern und gliedern sich in drei phasen:

die erste phase umfasst die richtungsfahrbahn vom 19. zum 20. bezirk ohne die auffahrtsrampe von der heiligenstaedter strasse, aber mit den abfahrtsrampen von der bruecke zu beiden donaukanalbegleitstrassen. in dieser ersten phase wird der verkehr ueber die guertelbruecke auf der von der arbeit freibleibenden richtungsfahrbahn abgewickelt. das heisst, dass fuer jede richtung eine fahrspur zur verfuegung stehen wird.

die gleiche regelung gilt auch fuer die zweite arbeitsphase, nur mit dem unterschied, dass dann der verkehr in beiden richtungen auf die andere fahrbahnhaelfte verwiesen wird. die stromaufwaerts gelegene fahrbahnhaelfte zwischen klosterneuburger strasse bis zur einmuendung der auffahrtsrampe der rechtsufrigen donaukanalbegleitstrasse wird samt der auffahrtsrampe von der linksufrigen begleitstrasse gesperrt. diese beiden phasen werden bis anfang juli abgeschlossen sein.

die dritte phase bringt den schwersten eingriff in das verkehrsgeschehen, weil die guertelbruecke fuer den verkehr in beiden richtungen waehrend des hochsommers gesperrt werden muss. und zwar deshalb, weil die anlageverhaeltnisse bei den auf- beziehungsweise abfahrtsrampen im bereich des 19. bezirks so unguenstig sind, dass eine teilung des verkehrs schon aus sicherheitsgruenden nicht moeglich ist. im juli und august werden daher die isolierung und der belag der auffahrtsrampe von der rechtsufrigen begleitstrasse und von der heiligenstaedter strasse sowie der abfahrtsrampe zum

guertel und eines kurzen teiles der bruecke selbst erneuert. die arbeiten sollen bis zum schulbeginn und damit dem einsetzen des normalverkehrs beendet sein.

bereits am montag der kommenden woche beginnen die verkehrsbetriebe mit gleisarbeiten im kreuzungsbereich waehringer strasse - martinstrasse. bis zum 19. mai muss die waehringer strasse daher zwischen weimarer strasse und rieglergasse fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden. umleitungen: stadteinwaerts weimarer strasse - schulgasse zum guertel, stadtauswaerts rieglergasse - gentzgasse. waehrend des wochenendes vom 11. zum 14. mai muss zwischen gentzgasse und schulgasse auch die martinstrasse fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden.

1106

k o m m u n a l :

=====

spd-stadtratsfraktion in wien

12 wien, 4.5. (rk) am freitag nachmittag ist eine 42koeufige spd-stadtratsfraktion in wien eingetroffen. der delegation gehoeren unter anderem der bundestagsabgeordnete hans b a r d e n s , oeberbuengermeister dr. ludwig w e r n e r und die buengermeister hanns a s t h e i m e r und wilhelm v a r n h o l t an. die delegation wurde am freitag nachmittag von buengermeister felix s l a v i k und vom praesidenten des landtages dr. wilhelm s t e m m e r empfangen. die deutschen gaeste werden kommunale einrichtungen in wien studieren. die abreise ist fuer sonntag anberaumt.

1408

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 4. 5. (RK) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik zu einer Sitzung zusammen, in deren Mittelpunkt die bevorstehende Volksbefragung über den Bau des Zoologischen Institutes auf dem Gelände der Sternwarte in Währing steht.

Von der DFP wurden sechs, von der FPÖ vier Anfragen eingebracht. Außerdem lagen folgende Anträge vor: Von der DFP betreffend Verlängerung der Belagsdauer aufzulassender Friedhöfe, von der FPÖ betreffend einen umfassenden Kulturbericht und betreffend die Abfuhr von Sperrmüll, von der ÖVP betreffend die Vereinfachung des Nachweises amtsärztlicher Untersuchungen nach dem Bazillenausscheidergesetz, betreffend eine Entrümpelungsaktion und betreffend die Bereitstellung eines stadteigenen Gartengrundstückes für das städtische Kindertagesheim in der Gatterburggasse. Die DFP beantragte außerdem die Einsetzung eines Redaktionskomitees für Veröffentlichungen anlässlich der Volksbefragung und verlangte die dringliche Behandlung dieses Antrages. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden.

Es lagen auch vier Anträge von Bezirksvertretungen vor. Die Bezirksvertretung des 7. Bezirks verlangt die Errichtung einer Grünanlage auf dem Gelände der ehemaligen Markthalle in der Burggasse, einen Kinderspielplatz- und Erholungszonenplan sowie das Verbot von Tankstellen im dichtverbauten Gebiet. Die Bezirksvertretung des 19. Bezirks verlangt Schutzzonen in Döbling.

Rücklage für Altstadterhaltung

Aus den Eingängen des Wiener Kulturschillings wurden im Vorjahr 26,690.000 Schilling nicht verbraucht. GR. Wiesinger (SPÖ) erklärte dazu, dieser Betrag habe für die Altstadterhaltung nicht ausgegeben werden können, weil die Schutzzonen noch nicht beschlossen waren. Er beantragte daher, den Betrag als Sonderrücklage der Post Denkmalpflege zuzuführen.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) kritisierte das Kulturamt der Stadt Wien, weil das Geld nicht rechtzeitig verwendet worden sei,

./.

obwohl es in Wien 8.000 erhaltungswürdige Fassaden und so viele schutzbedürftige Gebäude gäbe.

GR. Dr. Macher (ÖVP) bezeichnete es als keinesfalls richtig, daß Altstadterhaltungsmittel nun für Denkmalpflege verbucht werden. Er verwies auf das Kulturschillinggesetz, in dem gesagt wird, daß die Gelder für kulturelle Zwecke, insbesondere aber für die Altstadterhaltung zu verwenden seien.

GR. Tuma (DFP) erklärte, daß seine Partei schon im Vorjahr gegen das Gesetz gestimmt habe, weil das Geld entfremdet verwendet werden würde.

Der Berichterstatter wies in seinem Schlußwort mit Entschiedenheit die Behauptungen zurück, daß die Rücklagen für andere Zwecke ausgegeben werden würden. Der Betrag werde der Altstadterhaltung dienen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Wieder Debatte um Fernwärmewerk

Eine Erhöhung des Sachkredites für den ersten und zweiten Bauabschnitt des Fernwärmewerkes Spittelau um 9,5 Millionen auf 542,4 Millionen, die StR. Pfösch (SPÖ) beantragte, löste abermals eine Debatte darüber aus, ob die Abgase des Werkes Schadstoffe enthalten und am Schornstein dadurch Bauschäden auftreten.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) fragte, ob wirklich nur Dispersionsfarbe abblättere, wie StR. Pfösch kürzlich bei einer Pressekonferenz festgestellt hatte. Nach Ansicht des Redners seien die bisherigen Abgasmessungen ungenügend. Es müßten vor allem die schädlichen Fluor-Wasserstoffe gemessen und deren Auswirkung im Regenwasser untersucht werden, da der Anteil an Spraydosen im Verbrennungsmüll beachtlich sei.

GR. Gawlik (SPÖ) warf seinem Vorredner vor, daß wieder einmal eine Umweltschutzdebatte vom Zaun gebrochen werde, um Angstparolen verbreiten zu können. Die ÖVP-Anfrage im letzten Gemeinderat habe als Initialzündung gedient, um unwahre Presseberichte zu lancieren, in denen von "mörderischen Giftgasen" und "Kommunalstinkern" die Rede sei. Sogar einen Zement-Bazillus will man gefunden haben (Zwischenruf StR. Heller: "Wenn Wien krank sein soll, muß man auch einen Bazillus finden .. !") Der Redner verwies darauf, daß die Wissenschaftler dem Schornstein ein gutes Zeugnis

ausgestellt hätten. Hingegen würde mit derartigen Berichten an der Baufirma, die das Werk errichtet hat und die zu den renommiertesten Unternehmen auf diesem Gebiet zählt, ein glatter Rufmord begangen.

Der Vorwurf, daß die ÖVP mit solchen Angstparolen bereits den Wahlkampf eröffnet habe, führte zu erregten Zwischenrufen aus den Bänken der ÖVP, so daß sich Bürgermeister Slavik veranlaßt sah, um Ruhe zu bitten, mit dem Hinweis, daß es zur Demokratie gehöre, Frieden zu lassen und zuhören zu können.

In seinem Schlußwort erklärte sich StR. Pfösch ausdrücklich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten, daß die in der ÖVP-Anfrage behaupteten Schäden nicht aufgetreten seien: Weder Armierungseisen würden am Schornstein austreten, noch sei der Beton zerfressen. "Wir klettern gern mit Ihnen dort hinauf, um Ihnen das zu zeigen", meinte Pfösch, und fügte hinzu, daß jene dunklen Punkte, die aus der Ferne als Eisenteile zu sehen seien, jene einbetonierten Ösen seien, an denen bei allfälligen Renovierungsarbeiten die Gerüstleitern befestigt werden. "Wir sind die letzten, die sich gegen eine Überprüfung wehren", sagte der Redner und sämtliche Emissionsmessungen waren bisher ergebnislos." Zum Unterschied von jenen, die an der Druckerei des "Kurier" vorgenommen worden seien. Das Handelsministerium habe diesem Betrieb mehrere Auflagen erteilen und Richtwerte erlassen müssen. Dort nämlich würden diese Richtwerte für austretende Schadstoffe um mehr als das Doppelte überschritten. Seit zwei Jahren setzte sich die Bevölkerung im 7. Bezirk vergeblich gegen den Gestank zur Wehr.

- Abstimmung: einstimmig angenommen.

Subvention

GR. Wiesinger (SPÖ) berichtete über den Antrag, der Landesgruppe Wien des Österreichischen Naturschutzbundes eine einmalige Subvention in der Höhe von 50.000 S zu gewähren.

GR. Dr. Tuma (DFP) schien dieser Betrag zu gering. Der Naturschutzbund habe 85.000 S verlangt und soll um 35.000 weniger erhalten. Es sei bedauerlich, daß man beispielsweise für den Bau des Restaurants beim Schafbergbad 2,5 Millionen Mehrkosten bewillige und andererseits gerade beim Naturschutzbund so spare.

Die Reduzierung der Subvention sei deswegen erfolgt, weil einige geplante Aktionen des Naturschutzbundes nicht sicher

durchgeführt werden und man daher auch nicht von vornherein dafür Geld zur Verfügung stellen könne. Auf Grund des Ansuchens liege die Höhe der Subvention weit über dem Durchschnitt, erklärte GR. Wiesinger in seinem Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Bausperre

GR. Dinhof (SPÖ) referierte über die Verlängerung einer Bausperre in Hietzing, die durch die Planung einer neuen leistungsfähigen Straße - der sogenannten B 222 - notwendig sei. Die Planung sei zwar bereits fertig, die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes jedoch noch nicht ganz abgeschlossen.

Im Namen seiner Partei wandte sich Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) vehement gegen dieses Verkehrsprojekt. Die neue Straße mobilisiere den Durchzugsverkehr in einem ruhigen Garten- und Villenviertel und zerstöre die Umwelt in diesem Bereich. Die Verbindung von der West- zur Südbahn müsse auf jeden Fall über den Außenring hergestellt werden.

In diesem letzten Punkt stimmte GR. Dinhof bei seinem Schlußwort dem Vorredner zu. Der Ausbau der Straßenzüge entlang der Verbindungsbahn habe keineswegs den Sinn, den überörtlichen Durchzugsverkehr anzuziehen. Das vorliegende Verkehrsprojekt müsse unbedingt im Zusammenhang mit der Verkehrsverbesserung im Hietzinger Ortskern gesehen werden. Die B 222 diene dem örtlichen Durchzugsverkehr und solle den Verkehrsstrom vom Hietzinger Ortskern ablenken. Für den Großteil der Hietzinger Bevölkerung bedeute diese Lösung einen echten Vorteil.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Volksbefragung

Fast drei Stunden dauerte die Debatte über die Volksbefragung zum Neubau des Zoologischen Instituts auf dem Gelände der Universitäts-Sternwarte in Währing. Bei der Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge zu diesem Thema kam es zu einem kurzfristigen Exodus der ÖVP-Gemeinderäte.

Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) berichtete einleitend, daß die Volksbefragung von 21. bis 26. Mai durchgeführt werden soll. Jeder im Wählerverzeichnis enthaltene Wiener erhält per Post eine Stimmkarte, die auch die nötigen Informationen über die Befragung enthält.

Mit dieser Stimmkarte und einem Personaldokument begibt er sich in eines der 100 Abstimmungslokale, die Montag bis Freitag von 8 bis 19,30 Uhr und Samstag von 8 bis 14 Uhr geöffnet sein werden. In jedem Abstimmungslokal werden drei Magistratsbedienstete tätig sein, jede in der jeweiligen Bezirksvertretung vertretene politische Partei kann einen Beobachter und einen Stellvertreter in das Abstimmungslokal delegieren. Im Lokal erhält der Wahlberechtigte gegen Abgabe der Berechtigungskarte einen Stimmzettel mit einem Wahlkuvert. Auf dem Stimmzettel steht die Frage: "Sind Sie damit einverstanden, daß 3.615 Quadratmeter, das sind 6,14 Prozent des 58.891 Quadratmeter großen Sternwartegeländes in Wien-Währing, für den Neubau eines Zoologischen Institutes der Universität Wien verwendet werden, wobei auch ein Teil des bisher abgeschlossenen Gebietes als Park gestaltet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird?" In der Wahlzelle kann der Wahlberechtigte die Antwort "Ja" oder "Nein" ankreuzen. Als zusätzliche Information erhalten alle Wiener Haushalte eine Postwurfsendung. Die Gesamtkosten für die Volksbefragung betragen 2,5 Millionen Schilling.

Von den Sprechern der ÖVP, der FPÖ und der DFP wurde vor allem die Fragestellung kritisiert. GR. Joachim Müller (DFP) brachte den Antrag ein, die Frage in folgender Form zu stellen: "Sind Sie mit dem Bau eines Zoologischen Institutes der Universität Wien im Sternwartepark in Wien-Währing einverstanden?" Die vom Magistrat vorgeschlagene Formulierung bezeichnete er als unnötige Zahlenspielerei. Dazu Zwischenrufe der SPÖ: Damit sich der Wähler auskennt - es ist Ihnen unangenehm, daß die Bevölkerung die Wahrheit erfährt.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, die Mehrheit wolle offenbar den anderen Parteien und der Bevölkerung die Lust an Volksabstimmungen nehmen. Die vorliegende Formulierung sei eine Suggestivfrage.

GR. Dr. Habl (ÖVP) betonte, daß seine Partei grundsätzlich für den Bau des Zoologischen Institutes und für Volksbefragungen sei. Aber diese Fragestellung sei nicht wertneutral, die Volksbefragung solle damit ad absurdum geführt werden. Er beantragte folgende Fragestellung: "1. Sind Sie damit einverstanden, daß 9.481 Quadratmeter, das sind 16,1 Prozent des 58.891 Quadratmeter großen Sternwarteparks in Wien-Währing, für Zwecke des Neubaus eines

Zoologischen Institutes der Universität Wien verwendet werden, wobei auch ein Teil des bisher abgeschlossenen Gebietes ausgestaltet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird? 2.

Falls Sie die obige Frage mit "nein" beantwortet haben: Sollte das neue Zoologische Institut auf einem anderen, von der Universität Wien als geeignet befundenes Grundstück errichtet werden, wobei gleichzeitig ein noch größerer Teil des Sternwarteparks der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte?"

GR. Edlinger (SPÖ) schilderte die unerträglichen Arbeitsbedingungen im Zoologischen Institut und die jahrzehntelangen Bemühungen um einen Neubau. 1970 haben sowohl die Währinger Bezirksvertretung wie dann auch der Gemeinderat einstimmig die Flächenumwidmung für den Neubau auf dem Sternwartegelände beschlossen. Das war damals für alle selbstverständlich - denn wer konnte damals wissen, daß es einmal einer kleinen Gruppe unter dem Motto des Umweltschutzes gelingen werde, diese Frage so hochzuspielen? Aber es gab eben die starke Versuchung, aus einer Sachfrage ein Politikum zu machen. Wenn Anrainer gegen den Neubau unterschreiben, ist das legitim. Wenn Finanzgruppen die Unterschriftensammlung sogar honorieren, ist das noch verständlich. Nicht verständlich ist es, wenn sich Politiker jetzt plötzlich von ihren eigenen Maßnahmen und Beschlüssen distanzieren. Wie es sich für ein demokratisches Gemeinwesen gehört, sollen in dieser Frage nicht einige tausend entscheiden, die dafür oder dagegen unterschrieben haben, sondern alle Wiener - ob ein paar Dutzend Anrainer und Bauwerber von Luxusappartements ihr freies Gegenüber behalten oder Wissenschaftler und Studenten endlich anständige Arbeitsbedingungen erhalten sollen. Den ÖVP-Antrag lehnte der Redner ab, weil die zweite Frage die Möglichkeit eröffne, daß das Institut überhaupt nicht in Wien gebaut werde. Im Zusammenhang mit dem Angebot des niederösterreichischen Landeshauptmannes, einen Baugrund zur Verfügung zu stellen, klinge das nach einem Konzept "Raus aus Wien".

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) wandte sich dagegen, daß die Frage der Verbauung mit der teilweisen Öffnung des Sternwarteparks verbunden werde. Die Frage verschweige die Tatsachen, daß das Gelände ein - wenn auch nicht zugänglicher - Park sei und daß für den Neubau 76 Bäume und für die Hangabgrabung weitere Bäume gefällt werden müßten. Das Argument, daß an dieser Stelle

Professoren und Studenten einen entsprechenden Grünblick hätten, entspringe dem Egoismus, den man Privaten vorwirft.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) bezeichnete es als eine Bankrotterklärung der Rathausmehrheit, daß sie kein anderes Grundstück angeboten habe. (Zwischenruf der SPÖ: Das war ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluß.) Die Freigabe des Parks sei auch ohne Neubau möglich. Der ÖVP gehe es immer und überall um die Erhaltung des Grüns. Zwischenruf StR. Pfoch (SPÖ): Auch bei Privaten?

Zörner: Auch bei Privaten. Pfoch: Warum tun Sie dann nichts bei Ihren Parteifreunden. Wir werden Sie noch beim Wort nehmen.

GR. Zörner brachte den Antrag ein, daß der beabsichtigte Postwurf dem Gemeinderatsausschuß X vorgelegt und den Parteien Raum zur Darlegung ihrer Standpunkte vorbehalten werden solle.

GR. Schreiner (SPÖ) meinte, daß die drei anderen Parteien, die immer so vehement für direkte Demokratie eingetreten seien, jetzt in zunehmendem Maße ihre Freude daran verlören. Es sei die Leistung der Sozialisten, daß auch die Arbeiter, die große Mehrheit dieser Stadt, Grün in ihre Wohnviertel bekamen. GR. Schreiner erinnerte an die Grünanlagen der Gemeindebauten, den Donaupark, die Grünanlagen am Donaukanal, die entstehende Riesengrünanlage in Favoriten und viele andere Parks.

GR. Dr. Tuma (DFP) warnte, daß eine unfaire Fragestellung einen Rückschlag der Demokratie bringen könne.

StR. Dkfm. Hintschig sagte im Schlußwort, daß die Frage genau den Tatsachen entspreche, um die es geht. Als Alternative zu diesem Bau wird immer nur gesagt "irgendwo anders", aber niemand sagt, wo, abgesehen von ungeeigneten Vorschlägen. Ausführlich zitierte der Stadtrat dazu aus einer Untersuchung des Bautenministeriums, in der dargelegt wird, daß das Grundstück Schottenring 11 ungeeignet ist. Aber von den 6,31 Millionen Grundfläche des Bezirkes Währing sind 3,7 Millionen Grünflächen, das sind mehr als 60 Prozent. Da soll die Verbauung von 3.610 Quadratmetern unzumutbar sein?

Fast alle Redner befaßten sich mit einer Dokumentation zum Neubau des Zoologischen Instituts, die in "wien aktuell" veröffentlicht wurde. Die Sprecher von ÖVP, FPÖ und DFP warfen dieser Dokumentation vor, unobjektiv zu sein und wesentliche Fakten zu verschweigen. Die Sprecher der SPÖ erwiderten, zum Teil mit ausführlicher Zitierung der Dokumentation, daß dieser Vorwurf -

unberechtigt sei und diese Dokumentation in Wirklichkeit wertvoll sei, weil die Massenmedien überwiegend einseitig berichtet hätten.

Abstimmung: Es wurde dann über die Anträge von ÖVP und DFP abgestimmt, die Fragestellung zu ändern. Beide Anträge wurden nur von der jeweils antragstellenden Partei unterstützt und waren damit abgelehnt. Bürgermeister Felix Slavik wies dann den Wunsch der ÖVP zurück, über die Ansetzung der Volksbefragung und über die Fragestellung getrennt abzustimmen, da dies durch die beiden vorhergehenden Abstimmungen überholt sei. Die ÖVP-Gemeinderäte verließen daraufhin den Saal. Mit den Stimmen der SPÖ wurde die Volksbefragung beschlossen. Der ÖVP-Antrag zur Postwurfsendung wurde in Abwesenheit der ÖVP nur von der FPÖ unterstützt und damit abgelehnt. Entsprechend dem Wunsch der ÖVP ließ dann Bürgermeister Slavik getrennt über die Kosten der Volksbefragung (1,910.000 Schilling) und der Postwurfsendung (590.000 Schilling) abstimmen. Dazu kam die ÖVP in den Saal zurück. Die Kosten der Volksbefragung wurden von SPÖ und ÖVP, die der Postwurfsendung von der SPÖ genehmigt.

Vertragsänderung

GR. Wiesinger (SPÖ) referierte den Antrag auf eine Vertragsänderung mit der Austria-Wochenschau, wodurch die wöchentlichen Bildberichte ausgeweitet werden sollen. Der dafür erforderliche Kostenaufwand beträgt drei Millionen Schilling.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) kritisierte die Art der Bildberichte. Seiner Meinung nach wären sie bestenfalls als eine Art "bezahlte Werbung" anzusehen, hätten jedoch keinen echten Informationswert.

Abstimmung: Mit Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

"Fahrt ins Grüne"

Im Sommer startet die Stadt Wien eine neue Aktion, die es den älteren Bewohnern der Innenbezirke ermöglichen soll, während der schönen Jahreszeit Erholungsgebiete im Grünen aufzusuchen. Wie Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi (SPÖ) dazu berichtete, sei beabsichtigt, für die Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August einen Autobusdienst einzurichten, der täglich von Montag bis Freitag die älteren Wienerinnen und Wiener dieser Bezirke in Form von Halbtagsaus-

flügen zu Erholungsplätzen am Stadtrand und zurück bringen wird. Ziele sollen vor allem der Donaupark, der Lainzer Tiergarten sowie die nähere Umgebung Wiens sein.

GR. Erika Schmid (SPÖ) wies auf die jahrelangen erfolgreichen Bemühungen Wiens auf dem Gebiet der Sozialarbeit hin. Die neue Aktion bezeichnete die Rednerin als ein wirksames Mittel gegen die Isolierung und Vereinsamung der älteren Bewohner Wiens.

GR. Lehner (ÖVP) begrüßte namens seiner Fraktion ebenfalls diese neue Aktion, meinte jedoch, daß man darüber hinaus die große Zahl der hilfsbedürftigen älteren Menschen der Stadt nicht vergessen dürfe. Seiner Meinung nach wäre bisher auf diesem Gebiet zu wenig geschehen. In diesem Zusammenhang regte er an, den Pensionistenausweis sowohl leistungsfähig als auch was den Personenkreis betrifft, zu erweitern.

Die Berichterstatterin wies in ihrem Schlußwort entschieden den erhobenen Vorwurf als ungerechtfertigt zurück. Zur Anregung, den Pensionistenausweis auf einen größeren Personenkreis auszuweiten, meinte sie, daß dieser als eine Fürsorgeleistung an eine bestimmte Einkommensgrenze gebunden sei. Fürsorge müsse auf die Bedürfnisse des einzelnen abgestimmt werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Schafbergbad-Restaurant

StR. Pfoch (SPÖ) referierte eine Sachkrediterhöhung für den Bau des Schafbergbad-Restaurants von 5,5 auf 8 Millionen, um dessen ganzjährigen Betrieb zu ermöglichen.

GR. Krenn (FPÖ) bezweifelte in seinen Ausführungen die ganzjährige Nutzung dieses Restaurants.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Nachträgliche Baubewilligung

Das Schafbergbad, dessen Eröffnung noch heuer möglich sein wird, wurde auf Grund einer vorläufigen Baubewilligung des Gemeinderates vom 12. September 1969 gebaut. Die eigentliche Baubewilligung wurde nun mit einem Antrag nachvollzogen, den GR. Michalica (SPÖ) vorlegte.

Das veranlaßte GR. Dr. Tuma (DFP) zu der Kritik, daß die Gemeinde Wien ein so großes Projekt ohne rechtliche Grundlage errichtet habe, statt privaten Bauherren mit gutem Beispiel voranzugehen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Begleitstraße

Zu einem Antrag auf Ausarbeitung eines Detailprojektes für die rechte Donaukanal-Begleitstraße zwischen Augartenbrücke und Schwedenbrücke durch GR. Hala (SPÖ) nahm als einziger Debattenredner GR. Neusser (ÖVP) Stellung. Er könne keine Koordinierung in der Planung feststellen, wenn einerseits am Donaukanal ein Schnellstraßenprojekt ausgearbeitet werden soll, während gleichzeitig eine städtebauliche Untersuchung über das Gebiet entlang des Donaukanals laufe. Dazu meldete sich Stadtrat Heller (SPÖ) zu Wort und stellte eindeutig fest, daß die genannte Untersuchung mit Verkehrsführungen nichts zu tun habe. Die Detailplanung dieses Donaukanal-Begleitstraßenstücks sei einfach erforderlich, weil sonst die U-Bahn-Bauten in diesem Bereich verzögert würden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Zum Antrag von GR. Karoline Pluskal (SPÖ), dem Zuwandererfonds für seine Beratungstätigkeit und sein Arbeitsprogramm 1973 den Betrag von 2,7 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen, meldete sich als Debattenredner GR. Krenn (FPÖ) zu Wort, der eine weitere Zunahme der Zahl der Gastarbeiter und vor allem deren Einbürgerung ablehnte. Die Berichterstatterin entgegnete, daß die Wirtschaft einfach ohne Gastarbeiter nicht auskommen könne. Daraus ergäbe sich die menschliche Verpflichtung für deren Wohl zu sorgen. Zur Einbürgerung seien überdies die gesetzlich vorgeschriebenen zehn Jahre Aufenthalt erforderlich.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Dringlicher Antrag

Zum Abschluß der Sitzung verlangte GR. Dr. Tuma (DFP) die dringliche Behandlung des Antrags seiner Fraktion, für alle Aussendungen des Magistrats im Zusammenhang mit der Volksbefragung ein Redaktionskomitee einzusetzen, dem je ein Vertreter aller im Gemeinderat vertretenen Parteien angehören soll. Das Verlangen nach dringlicher Behandlung wurde nur von der DFP unterstützt, der Antrag daraufhin dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)